

D 2 (R 1) Mehr Mut zum Miteinander! Mehr für die Aufnahme und die Integration der Geflüchteten in Brandenburg tun!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 15.04.2016
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

- 1 Täglich erreichen uns Bilder von den katastrophalen Bedingungen der Menschen auf
- 2 der Flucht. Seit die Balkanroute dicht ist, bewegen uns besonders die Bilder aus
- 3 Idomeni. Hier sind mehr als Zehntausend Geflüchtete aus Syrien, Irak,
- 4 Afghanistan und anderen Ländern, darunter vierzig Prozent Kinder, gestrandet.
- 5 Der Brandenburger AFD-Vorsitzende Alexander Gauland und Bundesinnenminister
- 6 Thomas de Maizière fordern, wegzuschauen, „sich nicht von Kinderaugen erpressen
- 7 zu lassen“ oder „harte Bilder auszuhalten“. Manche freuen sich über die
- 8 gesunkene Zahl an Geflüchteten in Deutschland, aber klar ist auch: Die
- 9 Flüchtlingszahlen sind nicht zurückgegangen, es kommen lediglich weniger in
- 10 Deutschland an! Das ist Politik nach der Maßgabe „Aus den Augen - aus dem
- 11 Sinn!“. Wir meinen dagegen: Da können und wollen wir nicht wegschauen!

- 12 In Brandenburg ist die Belegungsquote der Unterkünfte inzwischen deutlich unter
- 13 50% gesunken. Wir haben also die Kapazitäten, einen Teil der Menschen aus
- 14 Idomeni aufzunehmen. Dabei muss die Landesregierung auch nicht auf die
- 15 Bundesregierung warten. Über ein Landesaufnahmekontingent sollte Brandenburg
- 16 besonders Schutzbedürftige Menschen aufnehmen, ähnlich wie Baden-Württemberg das
- 17 mit Blick auf Jesidinnen getan hat. Ebenso fordern wir, dass Engagement von
- 18 BrandenburgerInnen, die SyrerInnen im Rahmen einer Verpflichtungserklärung zu
- 19 uns in Sicherheit bringen, dadurch zu unterstützen, dass diese Bürgerschaft mit
- 20 Erhalt des Aufenthaltsstatus oder zumindest wie in Thüringen nach fünf Jahren
- 21 erlischt. Wir sehen in der Aufnahme und Integration von Geflüchteten nicht
- 22 vorrangig Risiken, sondern auch Chancen für Brandenburg und Deutschland.

- 23 Der gerade am EU-Parlament vorbei geschlossene Deal mit der Türkei hebt die
- 24 Genfer Flüchtlingskonvention aus und muss sofort ausgesetzt werden. Nach diesem
- 25 zynischen Deal gibt es nur eine legale Einreise für Geflüchtete, wenn es vorher
- 26 andere irregulär mit Schlauchbooten versucht haben, aufgegriffen wurden und im
- 27 Austausch wieder abgeschoben werden. In Griechenland werden Menschen, die gerade
- 28 Terror und Krieg entkommen sind, unter katastrophalen Bedingungen in den nun
- 29 umfunktionierten sogenannten „Hot Spots“ ohne Rechtsschutz eingesperrt. Diese
- 30 Abschiebelager widersprechen dem internationalen Flüchtlingsschutz und
- 31 europäischen Grundrechten.

- 32 Für die Aufnahme der Flüchtlinge sind alle europäischen Länder verantwortlich.
- 33 Wir Bündnisgrüne wehren uns entschieden gegen die Errichtung einer „Festung
- 34 Europa“ und treten für eine gerechte Verteilung innerhalb Europas ein. Solange
- 35 diese aber nicht erreicht ist, sind wir auch bereit, einseitig Schutzsuchende
- 36 bei uns aufzunehmen. Eine geplante Reform des Europäischen Asylrechts darf nicht
- 37 zu einer Absenkung der Standards nach unten führen.

- 38 Wir Brandenburger Bündnisgrüne stehen auch der Aufnahme von Geflüchteten aus
- 39 Berlin offen gegenüber. Dabei wollen wir im Gegensatz zur Landesregierung auch

40 anerkannte Asylbewerber*innen und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive aufnehmen
41 und in unseren Kommunen dauerhaft ansiedeln.

42 Die Aufgabe, die Geflüchteten in unser Land zu integrieren, ist eine
43 gesamtgesellschaftliche Aufgabe von hoher Relevanz. Das gerade im Landtag
44 verabschiedete Landesaufnahmegesetz regelt nur die Erstaufnahme bis zur
45 Anerkennung der Geflüchteten und bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück.
46 Ungelöst bleiben daher bis heute viele Probleme nach dem Übergang der
47 anerkannten Asylbewerber*innen und Flüchtlinge aus dem Regelkreis des
48 Asylbewerberleistungsgesetzes in das SGB II. Wir fordern ein
49 „Willkommensinfrastrukturgesetz“, in dem es um mehr geht, als den Geflüchteten
50 ein notdürftiges Dach über dem Kopf anzubieten. Eine partizipative Gesellschaft
51 respektiert nicht nur die Bedürfnisse von Geflüchteten oder Asylbewerber*innen
52 mit Bleibeperspektive. Über diese wird oft erst nach jahrelangen Verfahren
53 entschieden. Deswegen wollen wir Chancen für alle schaffen, und uns dabei am
54 persönlichen Bedarf der Menschen mit Migrationshintergrund und ihrem rechtlichen
55 Status orientieren. Es geht um Betreuungs- und unabhängige Beratungsangebote, es
56 geht um Gewährleistung von Kita- und Schulplätzen, es geht um die Ausweitung der
57 Schulpflicht über das 16. Lebensjahr hinaus um jungen Flüchtlingen den
58 nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen zu ermöglichen, es geht um
59 qualifizierte Deutschkurse und die vereinfachte Anerkennung von
60 Berufsabschlüssen, es geht um Modulare Aus- und Weiterbildungsangebote, es geht
61 darum die Kommunen von den Kosten der Unterbringung weitestgehend zu entlasten
62 und nicht zuletzt die Absicherung von zivilgesellschaftlichen
63 Willkommensinitiativen.

64 Die Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ haben wir von Anfang an unterstützt.
65 Doch es braucht mehr als bloße Symbolik. Die engagierte Arbeit gegen Rechts von
66 „Tolerantes Brandenburg“ ist in diesen Zeiten wichtiger denn je und darf durch
67 die Zusammenlegung mit dem Bündnis keinesfalls eingeschränkt werden.

68 Wir fordern: Brandenburg muss mehr für die Aufnahme und Integration tun.

69 Wir fordern: Mehr Mut zum Miteinander!

Begründung

Erfolgt mündlich